



Christine Lambrecht

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

Neue Chancen für Arbeitssuchende

SPD-Bundestagsfraktion informierte vor Ort über Neuregelungen am Arbeitsmarkt

Berlin / Viernheim, November 2004 – Auf Initiative der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (SPD) führte die SPD-Bundestagsfraktion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ eine Informations- und Diskussionsveranstaltung in Bensheim durch. Im gut besetzten großen Saal des Bensheimer Bürgerhauses referierten die Arbeitsmarktexpertin der SPD-Bundestagsfraktion Doris Barnett (MdB), die Bensheimer Geschäftstellenleiterin der Bundesagentur für Arbeit, Rosmarie Schultheis und der Viernheimer Bürgermeister Matthias Baaß. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht.

Lambrecht stellte in ihrer Einleitung fest, dass viele Menschen lange Zeit nur sehr ungenaue Vorstellungen davon gehabt hätten, was sich hinter den so genannten Hartz-Gesetzen genau verbirgt. „Wochenlang ist das Thema durch die Medien getrieben worden. Man hat den Menschen eingeredet, man würde sie aus ihren Wohnungen verjagen oder ihren Kindern das Sparbuch wegnehmen“, so Christine Lambrecht. „Es gab einen regelrechten Wettbewerb der Horrormeldungen“. Dem hätte man jetzt durch eine breite Informationskampagne begegnen können. Heute sei eine deutlich sachlichere Atmosphäre entstanden, zu der auch solche Veranstaltungen wie die in Bensheim beitragen würden.

Doris Barnett erläuterte die Grundzüge der Reformen. Sie machte deutlich, dass es vielen Menschen denen es heute am



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

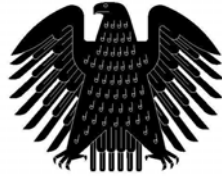
Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

schlechtesten geht, mit Hartz IV besser gehen werde. So bekämen Alleinerziehende, die heute nicht arbeiten gehen könnten, weil sie ihre Kinder nicht alleine lassen können, jetzt Hilfe bei der Kinderbetreuung organisiert. Man könne generell sagen: erwerbsfähige heutige Sozialhilfeempfänger und die, die heute geringe Arbeitslosenhilfe erhalten, werden ab dem nächsten Jahr mehr haben als vorher. Die, die früher sehr viel verdient hätten und deshalb auch eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosenhilfe erhalten hätten, werden sich einschränken müssen. „Das muss man der Ehrlichkeit halber auch sagen“, so Barnett. Darüber hinaus werde jeder Jugendliche unter 25 Jahre nach seiner Antragstellung für das Arbeitslosengeld II in eine Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit vermittelt. Wenn er dieses Angebot allerdings ausschläge, erhalte er drei Monate lang kein Geld. „Das ist das Prinzip Fördern und Fordern“, betonte Barnett.

Besonderes Augenmerk richtete Doris Barnett und auch viele Diskussionsteilnehmer auf die so genannten „1-Euro-Jobs“. Genau genommen sei der Begriff der „1-Euro-Jobs“ völlig missverständlich. „Es geht eben nicht darum, sich für einen Euro pro Stunde zu versklaven, wie es so oft dargestellt wird“, erklärte Barnett. „Es geht um gemeinnützige Arbeit für kommunale und öffentliche Einrichtungen. Deshalb ist Lohndumping ausgeschlossen. Diese Arbeitsgelegenheiten werden über die Bezüge hinaus mit einem bis zwei Euro pro Stunde zusätzlich vergütet. Damit werden vier Ziele erreicht: Erstens erhalten Arbeitslosengeld-II-Empfänger zusätzlich zu den ihnen zustehenden Bezügen die Möglichkeit, etwas hinzu zu verdienen. Das können immerhin 150 bis 200 Euro im Monat zusätzlich sein. Zweitens werden Menschen, die durch Arbeitslosigkeit unverschuldet in ein Loch gefallen sind, wieder in einen normalen Arbeitsrhythmus zurückgeführt. Drittens können so sinnvolle Tätigkeiten für die Allgemeinheit durchgeführt werden, für die die Kommunen sonst keine Finanzie-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

rungsmöglichkeit haben. Viertens schließlich kommt dies nicht zuletzt auch dem Selbstwertgefühl von Menschen zugute, die so ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise selbst bestreiten können. Darüber hinaus sollen diese Beschäftigungsverhältnisse eine Brücke zurück in das Erwerbsleben sein, d.h. keine Dauerlösung.“

Der Viernheimer Bürgermeister Matthias Baaß zeigte sich enttäuscht über das Vorgehen des Kreises bei der Umsetzung von Hartz IV. „Ich hätte mir gewünscht, dass der Kreis sich mit den Kommunen darüber berät, wie die Umsetzung am besten erfolgen könne. Dies ist aber nicht geschehen. Vielmehr wurde z.B. über die Köpfe der Städte und Gemeinden entschieden, wo Job-Center sein werden“, so Baaß. Nur mit großer Mühe hätte man ein Job-Center in Viernheim durchsetzen können. „Lampertheim hatte nicht so viel Erfolg“, so Baaß. „Es spricht nicht gerade für Professionalität dass alle ALG II – Empfänger aus Lampertheim nun nach Bürstadt ins Job-Center müssen“. Er machte deutlich, dass die Kommunen ganz genau darauf achten werden, wie der Kreis die gesetzlichen Vorgaben und vor allem die übernommenen Aufgaben der Arbeitsvermittlung umsetze.

Auch Rosemarie Schultheis bedauerte es, dass es bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen zu keiner Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsagentur und dem Kreis komme. „Unsere Mitarbeiter hätten diese Aufgabe gerne übernommen und ihr Know-how mitgebracht“, so Schultheis. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass die Erfassung und die Auszahlung des Arbeitslosengelds II planmäßig am Anfang des nächsten Jahres beginnen kann. Darüber hinaus machte sie deutlich, dass die örtliche Bundesagentur zwar Aufgaben der Betreuung von Langzeitarbeitslosen abgegeben habe, man sich aber weiterhin für die Arbeitssuchenden verantwortlich fühle und man



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Presseinformation

dort, wo es in der Anfangsphase noch Schwierigkeiten gibt, auch helfen werde.

Am Ende der Veranstaltung zog man einmütig eine positive Bilanz: „Es ist wichtig, sich zu informieren und sachlich zu diskutieren“, so Christine Lambrecht. „Es darf nicht verschwiegen werden, dass es für einige Einschränkungen geben wird aber die Chancen für Arbeitsuchende überwiegen bei weitem. Darum muß es gehen, arbeitslose Menschen wieder so schnell wie möglich in Arbeit zu vermitteln“.

